

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 9

Charlottenburg, Freitag, den 2. März 1917

Jahrg. 44

Werbet für den Verband.

Nicht oft genug kann unseren Kolleginnen und Kollegen, die heute noch abseits stehen von unseren Bestrebungen, zu werden: Lernt die Zeit verstehen, in der ihr lebt, kümmert euch um die Wahrung eurer eigenen Interessen. Aber auch einem größeren Teile von denen, die wohl unserem Verbande bereits als Mitglieder angehören, aber wenig oder nichts dafür tun, daß unser Verband an Mitgliederzahl zunimmt und damit an finanzieller Kraft, an Macht und Einfluß gewinnt, können diese Worte nicht oft genug wiederholt werden. Man sollte meinen, gerade die heutigen Zustände sollten jeden einzelnen zum Nachdenken über die eigene Lage. Ein Vergleich des heutigen Lohneinkommens unserer Kollegen mit den Kosten der Lebenshaltung kann doch ein anderes Urteil nicht auslösen als das, daß die Dinge so nicht weiter gehen können und dürfen, wie es heute beschaffen ist. Wie schon des öfteren, müssen wir auch heute wieder erwähnen, daß sich niemand der Illusion hingeben sollte, daß mit Beendigung des Krieges ohne weiteres wieder der vor dem Kriege bestandene Zustand eintreten müßte. War schon vor dem Kriege das Verhältnis zwischen Lohneinkommen und Unterhaltskosten für die Arbeiterschaft immer ungünstiger geworden, so wird nach dem Kriege die Differenz bedeutend größer sein, von den heutigen Zuständen ganz zu schweigen. Dafür werden schon die machtvollen wirtschaftlichen Organisationen des Unternehmertums in der Landwirtschaft, in Handel und Industrie sorgen. Dafür leben wir unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise, in der für die gesamte Gütererzeugung nicht der Bedarf, sondern das Erwerbsinteresse als alleiniger und ausschlaggebender Faktor in Frage kommt. Für jeden Unternehmer, ganz gleich, ob er landwirtschaftliche oder Industrie-Erzeugnisse produziert, oder besser gesagt, produzieren läßt, ist die treibende Kraft das Bestreben, die größtmögliche Verzinsung des in seinem Unternehmen investierten Kapitals heraus zu wirtschaften. Da gilt es, allen Scharfsinn darauf zu verwenden, um einmal die Herstellungskosten für die erzeugten Produkte so niedrig als möglich zu halten. Einen Teil der Herstellungskosten bilden auch die Löhne für die Arbeiter und Angestellten. Um ändern wird dahin gewirkt, die Verkaufspreise so weit als irgend erreichbar in die Höhe zu treiben. Die Differenz zwischen Herstellungskosten und Verkaufspreis verbleibt dem Unternehmer als Profit.

Die Verkaufspreise der Waren sind aber von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage abhängig. Die Unternehmer-Organisationen betrachten es deshalb neben anderen Aufgaben auch als die ihre, auf dieses Verhältnis zu ihren Gunsten einzuwirken. Das kann u. a. auch damit geschehen, daß das Waren-Angebot zeitweise ganz oder teilweise künstlich zurückgehalten wird, um die Nachfrage, und damit die Preise, zu steigern. Ist der Preis weit genug hinaufgetrieben, dann läßt man die Waren wieder auf dem Markte erscheinen. Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung liefern die gegenwärtigen Preise für die notwendigsten Lebensmittel, für die die Nachfrage größer als das Angebot und demzufolge die Preise exorbitant hohe sind. Werden Höchstpreise festgesetzt, um die weiteren Preistreiberien zu verhindern, sind die Waren sofort in demselben Augenblicke vom Markte verschwunden, in dem die Höchstpreise in Kraft treten sollen, und bleiben in der Regel so lange verschwinden, bis die Höchstpreise wieder aufgehoben und die Preistreiberie ungehindert weiter gehen

kann. Die Verkaufspreise werden nicht der Festsetzung durch den Einzelnen überlassen, sondern die Organisationen der Unternehmer, Großhändler zc. bestimmen diese und verpflichten jedes einzelne ihrer Mitglieder, die bestimmten Verkaufspreise strikt innezuhalten. Auch in der Porzellan- und Steingutindustrie setzen die Unternehmer-Organisationen die Verkaufspreise für ihre Erzeugnisse fest; selbst die sogenannte Bruch- und Ausschußware darf nicht vom einzelnen Fabrikanten nach eigenem Gutdünken verkauft werden, um zu verhindern, daß die Verkaufspreise im allgemeinen herabgedrückt werden.

Diese fortgesetzten Preistreiberien für alle Produkte, deren die große Masse des Volkes, insbesondere die Arbeiterschaft, für ihren Lebensunterhalt bedarf, verschlechtern die wirtschaftliche Lage des Arbeiters fortgesetzt, weil der Arbeiter von heute nicht in der Lage ist, sein Lohneinkommen in gleich beweglicher Weise fortgesetzt zu steigern und den verteuerten Lebensverhältnissen ebenso schnell anpassen zu können. Die Lohnerhöhungen, die beispielsweise einem Teile unserer Kollegen in Form von Teuerungszulagen zugestanden wurden, können bei weitem nicht als ein Ausgleich gegenüber der verteuerten Lebenshaltung angesehen werden. Obwohl die Verdienste unserer Kollegen heute teilweise höher sein mögen als vor dem Kriege, ist ihre wirtschaftliche Lage doch bedeutend verschlechtert worden. Die Kaufkraft des Geldes ist gesunken. Wenn beispielsweise ein Kollege, der vor dem Kriege pro Woche 30 M. verdiente, heute 35 M. verdient, für diese 35 M. aber nicht mehr an Waren zu kaufen erhält, als vor dem Kriege für 15 M., dann gehört kein großes Rechengenie dazu, um heraus zu bekommen, daß trotz der Lohnsteigerung der Arbeiter in eine ganz trostlose Lage geraten ist.

Sind die Arbeiter im allgemeinen, und unsere Kollegen im besonderen diesen kapitalistischen Gesetzen gegenüber vollkommen machtlos? Ist dem Arbeiter keine andere Rolle in der heutigen Wirtschaftsweise zugewiesen, als lediglich Objekt dieser Spekulationen zu sein? Die Antwort darauf ist nicht allzuschwer zu finden. Der einzelne Arbeiter allerdings steht diesem sogenannten freien Spiel der Kräfte vollkommen schutzlos und machtlos gegenüber. Das ändert sich aber sofort, wenn die Arbeiter dasselbe tun, wie die Unternehmer, die Händler, kurz alle Nutznießer der heutigen Wirtschaftsweise, ihre Kräfte zusammenfassen in Organisationen, die lediglich die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter wahrzunehmen haben, in den Gewerkschaften. Der Arbeiter muß erkennen lernen, daß seine Arbeitskraft in der heutigen Wirtschaftsweise nichts anderes ist, als eine Ware, die er zu verkaufen gezwungen ist, um aus dem Erlös seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Der Arbeiter muß ferner erkennen lernen, daß seine Ware Arbeitskraft denselben Verkaufsbedingungen unterworfen ist, wie jede andere Ware, d. h. der Verkaufspreis wird von dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt.

Der Arbeiter ist aber in der unangenehmen Zwangslage, seine Ware Arbeitskraft nicht in spekulativer Weise vom Markte zurückhalten zu können, um die Nachfrage und damit den Verkaufspreis, den Arbeitslohn, zu steigern. Solche Zurückhaltung der Arbeitskraft ist nur in einzelnen besonderen Fällen und unter bestimmten Bedingungen möglich. Dem Arbeiter muß dafür, daß er für eine bestimmte Zeit auf den Erlös aus dem Verkauf seiner Arbeitskraft verzichten kann, von anderer Seite so viel erhalten, daß er das Existenzminimum erreicht. Solches Zurückhalten der Arbeitskraft wird

angewandt von den Organisationen in Zeiten der Kämpfe, um einen Druck dahin auszuüben, die geforderte Lohnsteigerung zu erreichen. Dafür muß die Organisation aber auch in der Lage sein, den Ausfall am Lohneinkommen durch eine Unterstützung, wenn auch nur zum kleinen Teil, ausgleichen zu können.

Die Arbeiter müssen ernstlich dahin streben, den Verkaufspreis für ihre Ware Arbeitskraft nicht dem Gutdünken und der Willkür des einzelnen Arbeiters, sondern der Festsetzung durch ihre Organisationen zu überlassen. Genau so wenig, als ein einzelner Fabrikant, der seiner Organisation angehört, das Recht hat, den Verkaufspreis der von ihm erzeugten Waren zu bestimmen, kann dem einzelnen Arbeiter überlassen bleiben, zu welchen Bedingungen er die Arbeit aufnimmt und fortführt. Das ist allerdings eine Beschränkung der persönlichen Freiheit in einem gewissen Sinne. Solche Beschränkung ist aber notwendig, um den größten Schäden, die das heutige Wirtschafts-System für die lohnarbeitenden Volksschichten in sich birgt, überhaupt begegnen zu können. Es ist eine Beschränkung der persönlichen Freiheit, um die wahre Freiheit nicht nur für den Einzelnen, sondern für die Gesamtheit zu erreichen.

Die Organisation kann ihre Aufgabe aber auch nur dann erfüllen, wenn der weitaus größte Teil, möglichst alle in einer Industrie beschäftigten Personen, in einer bestimmten Organisation vereinigt sind und dort die Pflichten erfüllen, die unbedingt erfüllt werden müssen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Wenn ein Teil der Arbeiter des gleichen Gewerbes, der gleichen Industrie, sich diesen Bestrebungen nicht anschließt, die die für diese Industrie zuständige gewerkschaftliche Organisation verfolgt, dann ist der Zweck dieser Organisation zum wesentlichen Teile aufgehoben, der notwendige Erfolg jeder ersprießlichen Organisationsarbeit in Frage gestellt. Die Unternehmer und ihre Organisationen, die wie schon eingangs bemerkt, ein Selbstinteresse an niedrigen Herstellungskosten für ihre Produkte und damit an niedrigen Arbeiterlöhnen haben, sehen begreiflicher Weise allen Bemühungen der Arbeiterschaft, den Arbeitslohn zu steigern, Widerstand entgegen. Jeder der Berufsorganisation fernbleibende Arbeiter stärkt die Unternehmer in ihrem Widerstande gegen die Forderungen nach Lohnsteigerungen für die Arbeiter. Daraus ist auch das Bemühen der Unternehmer und ihrer Organisationen zu erklären, die Arbeiter mit allen Mitteln vom Eintritt in ihre Berufsorganisation zurück zu halten. Eines der bekanntesten Mittel ist die Zusammenfassung der Unorganisierten in den gelben Vereinen, die als Gegengewicht gegen die im Interesse der Arbeiter ausgeübte Tätigkeit der Gewerkschaften sich zu betätigen haben, nach den von den Unternehmern gegebenen Direktiven.

In der Porzellanindustrie (in anderen Industrien ist es leider nicht viel besser) ist die Zahl der Unorganisierten immer noch eine beträchtliche. Es gilt noch eine große und umfassende Aufklärungsarbeit zu verrichten, um die Zahl derer zu vergrößern, die mit Hilfe ihrer Berufsorganisation gewillt sind, ernstlich mitzuarbeiten an der Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Die Agitation, die Vorbereitung für unseren Verband findet im Kreise unserer heutigen Mitglieder nicht die Beachtung, die sie verdient. Dann kommt noch hinzu, daß mit dem bloßen Beitritt zum Verbands noch nicht viel geschehen ist. Dem ersten Schritte müssen weitere folgen. Es muß dem neueingetretenen Kollegen und der Kollegin vermittelt werden, daß sie nun auch Pflichten zu erfüllen haben, die unbedingt erfüllt werden müssen. Eine der hauptsächlichsten dieser Pflichten ist die Beitragsleistung. Ohne finanzielle Mittel ist die Organisation nicht in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen. Gerade mit dem Beitragszahlen hapert es aber am meisten. Es ist nicht zu viel behauptet, wenn wir sagen, daß das Herumdründen um diese Verpflichtung für den größten Teil der Unorganisierten der Hauptgrund ist, dem Verbands fern zu bleiben. Sie wünschen wohl, auch, daß ihre eigene Lage sich bessern möge, daß der Lohn steige, ihre Arbeitsbedingungen sich besser aber die Arbeitsbedingungen dafür schaffen, das können ja die anderen tun. Sie wollen dort miternten, wo andere gesät haben. Natürlich ist dieser Standpunkt nicht nur ein unethischer, vom moralischen Standpunkte nicht einwandfreier, sondern auch grundverkehrt. Wir haben ja vornehmlich schon geführt, daß jeder Unorganisierte die Interessen der Unternehmer klagt und schützen hilft, und damit die Arbeiterorganisation hindert, das zu erreichen, was schließlich jeder Unorganisierte auch gern haben möchte, ein erträglicheres Dasein. Insbesondere in der Kriegszeit haben

wir Erfahrungen darin gesammelt, daß Arbeiter, die es zum Ausbruch des Krieges als ihre Pflicht betrachteten, die Verbände anzugehören, diesem den Rücken kehren, leugern um die Beiträge zu sparen. Es dürfte angebracht sein, die Kollegen zu zeigen, was ein Unternehmervorstand den Unternehmern ins Stammbuch schrieb, die während des Krieges ebenso handelten, wie ein Teil unserer früheren Mitglieder. Das Blatt lehrt:

„Immer noch gibt es einige, die meinen, auch an den Verbandsbeitrag eine Kriegersparrnis machen zu können. Wir glauben aber, daß dies am falschen Platz gespart ist. Ist der Krieg vorüber, werden vornehmlich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die allerwichtigsten Verhandlungen geführt werden müssen und Abmachungen getroffen werden die nach Umständen den ganzen Betrieb in neue Bahnen lenken könnten. Wie nötig wird da erst ein eingeführter mit Geldmitteln versehener Verband sein, der bei Verhandlungen und Arbeitnehmern für die Interessen der Arbeitgeber eintritt. Wir wünschen, das sei an dieser Stelle gesagt, gewiß keine Kämpfe mehr, wie wir sie vor dem Kriege gegen die internationale Leitung der Gewerkschaften führen mußten, (wie wir hoffen, friedlich-schiedlich) Auseinandersetzungen werden auch nach diesem Kriege zwischen den Arbeitgebern und der nationalen Arbeiterschaft nicht ausbleiben. Wie sie stets in dem Sinne geführt werden, daß beide Teile Auskommen dabei finden können und das Gewerbe keinen Schaden leidet. Es möge sich also jeder wohl überlegen, ehe er aus schlecht angelegter Sparsamkeit den Bestand des Verbandes gefährdet. Uebrigens ist es auch schon kaufmännischen Standpunkte aus ein Fehler, einem Verband den Rücken zu kehren, der nur über ein ganz ansehnliches Reservekapital verfügt, das man durch seine Beiträge bilden helfen.“

Diese Ausführungen enthalten nicht nur einen Appell an die Solidarität jedes einzelnen Unternehmers, sondern auch einen Hinweis darauf, wie sich die Unternehmer schon aufrüsten für die Zeit nach Kriegsende.

Der Appell an die Solidarität ist auch unsern unorganisierten Kollegen gegenüber am Platze, davon sollten alle die Verbände angehörenden den ausgiebigsten Gebrauch machen. Es ist notwendig, hinzuweisen darauf, daß wir nach dem Kriege mit einer ganz anderen Situation zu rechnen haben werden als vorher. Die Unternehmer haben es während des Krieges in ganz anderer Weise verstanden, ihre Kräfte zusammenzufassen, ihre Organisationen zu stärken als die Arbeiter. Das ist eine Tatsache, die nicht nur von uns, sondern auch von anderer, nicht auf dem Boden unserer Anschauungen stehender Seite anerkannt wird. So schrieb kürzlich die katholische „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, die in M.-Gladbach erscheint:

„Die Industrie, namentlich die Großindustrie und die Arbeitgeberverbände, gehen kapitalistisch sehr gekräftigt aus dem Kriege hervor. Infolge zahlreicher Einberufungen und großer an sie gestellten Anforderungen gehen die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen teils nicht ungeschwächt aus dem Kriege hervor. Schon jüngst wies Professor Franke nicht mit Unrecht auf die Macht und Zukunftstendenzen der großen Unternehmerverbände hin, dabei betonend, daß die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände an innerer Geschlossenheit und an Einfluß im Laufe des Krieges gewachsen sind. . . . Bisher im Streite liegende Gruppen haben sich zusammengeschlossen. Zentralverband deutscher Industrieller und Bund der Industriellen haben sich in den Kriegsauschuß der Industrie einträchtig vereint. Sie gehen in wichtigen, für die zukünftige Richtung unserer Volkswirtschaft entscheidenden Fragen Hand in Hand mit dem Bunde der Landwirte und den Mittelstandsverbänden. Die führenden Männer der schweren Industrie und ihre Pressorgane betonen stolz, daß sie die alten geblieben sind. Wenn sie für die Erhaltung des Burgfriedens eintreten, sprechen sie offener und scharfer als die Männer der Burg. Sie fordern zwar, daß die Arbeiter unter dem großem Meister Krieg umlernen sollen, sie selbst aber lehnen jedes Umlernen auf das emsigste ab. Das hat noch in den letzten Wochen ihre ablehnende Stellungnahme zu den in dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüssen und Schlichtungsinstanzen klar bewiesen.“

Die Quintessenz der vorstehenden Ausführungen kann doch nur sein, wenn bei dieser Entwicklung der Dinge die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen wollen, müssen sie Organisationen schaffen, die Macht und Einfluß in genügender Weise besitzen, um die Interessen der Arbeiter in der

drücklichsten Weise schützen zu können. Wenn eine der maßgebendsten Unternehmer-Organisationen in unserer Industrie es unlängst noch ablehnen konnte, in einer Frage von nicht allzu großem Belang für die Unternehmer, in der Frage der Steuerzulage, eine gemeinsame Regelung zwischen der zuständigen Arbeiter- und Unternehmer-Organisation zu treffen, so dürfte dies Grund genug sein für alle Kollegen, daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Daß die Unternehmer-Organisation solchen Standpunkt einnehmen konnte, haben wir niemand anders als dem großen Teile Unorganisirter in unserem Berufe zu danken.

Sollen die Interessen der Porzellanarbeiter aber in wirksamer Weise vertreten werden, dann werden, ob früher oder später, andere Fragen von weittragender Bedeutung zur Entscheidung kommen müssen. Dann wird es notwendig sein, daß solche Fragen zwischen den beiderseitigen Organisationen geregelt werden. Wer das für richtig hält, wird nicht früh genug damit beginnen können, die intensivste Werbearbeit für den Verband zu entfalten. Man sage uns nicht, daß die gegenwärtige Zeit dafür absolut ungeeignet sei. In einigen Zahlstellen ist übrigens der Beweis dafür schon erbracht, daß der Erfolg nicht ausbleibt, sofern nur die Werbetrommel kräftig wird. Worauf es ankommt, ist einzig und allein der Umstand, daß es nicht nur Aufgabe einiger Zahlstellen und Mitglieder, sondern aller Funktionäre, aller Mitglieder ohne Unterschied ist, dem Verbands so viel als möglich neue Mitglieder zuzuführen.

Insbesondere gilt es, die Frauen und Mädchen, die in den Betrieben heute in größerer Anzahl als die Männer vertreten sind, im Verband aber die Minderheit bilden, in größerem Umfange zur Mitarbeit in unserer Organisation zu gewinnen. Ohne und gegen diese, die einen sehr wesentlichen Bestandteil der gesamten Porzellanarbeiterschaft bilden, kann unsere Organisation ihre Aufgabe nicht erfüllen. Die Wahrnehmung der beruflichen, der wirtschaftlichen Interessen aller Arbeiter ohne Unterschied, ganz gleich, ob männlich oder weiblich, ist es, die einzig und allein für unseren Beruf unserem Verbands anvertraut ist. Das muß jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin in der Porzellan- u. Industrie zum Bewußtsein gebracht werden.

Deshalb, Kollegen und Kolleginnen, seid unausgesetzt tätig, werbet Mitglieder für unsern Verband.

Störung des gewerkschaftlichen Burgfriedens durch katholische Geistliche.

Obwohl in den letzten Monaten, veranlaßt vor allem durch das Hilfsdienstgesetz, eine Annäherung zwischen christlichen und freien Gewerkschaften stattgefunden hat, bringen es katholische Geistliche auch in der Kriegszeit fertig, die alten Ladenhüter über die angeblichen politischen und religiösen Tendenzen der freien Gewerkschaften aufzuwärmen. Der nachstehend abgedruckte Brief ist von einem katholischen Geistlichen in Kappel bei Freiburg i. B. geschrieben. Der Adressat ist ein Arbeiter, welcher in einem kleinen Erzbergwerk beschäftigt ist. Das übrige ergibt sich aus dem Text des Schreibens, das folgenden Wortlaut hat:

„Kappel im Tal, den 7. Februar 1917.
Gehörter Herr!

Sie werden schon gehört haben, daß der sozialdemokratische Arbeitersekretär Marxloff, welcher am Sonntag vor acht Tagen in der Versammlung der Bergleute im „Sternen“ sprach, am nächsten Sonntag über acht Tagen schon wieder eine zweite Versammlung halten will, um Euch Bergleute, wovon er das erstemal wohlweislich geschwiegen, in die sogenannte neutrale, in Wahrheit aber sozialistische Gewerkschaft hineinzutreiben.

Soviel ich mich auskenne, wollen aber unsere Leute, abgesehen von den fremden Schreibern und einigen Verführten, von der Sozialdemokratie nichts wissen, denn sie wissen, daß die Sozialdemokratie sich mit dem Christentum und zumal mit der katholischen Religion absolut nicht verträgt, da sie ganz und gar auf dem Unglauben beruht, keinen Gott kennt und den Himmel den Späßen überläßt, somit dem Arbeiter mehr raubt, als sie ihm je zu geben verspricht. Und Ihr wisset auch, daß Ihr das, was sie verspricht, einen höheren Lohn auch ohne sie bekommt.

Um Euch deshalb der Euch drohenden Gefahr zu warnen, und Euch über das Wesen der Sozialdemokratie aufzuklären, werden wir am nächsten Sonntag, den

11. dieses Monats, auch im „Sternen“ nachmittags 3 Uhr eine Versammlung halten, wozu Ihr alle eingeladen seid. Herr Landtagsabgeordneter Reinhardt und Herr Sekretär Halter vom katholischen Volksbüro in Freiburg werden sprechen. Sie werden auch das Hilfsdienstgesetz nochmals zur Sprache bringen und Euch auch mit der christlichen Arbeiterorganisation bekannt machen.

Was wir ja schon vor dem Krieg beim St. Barbarafest besprochen haben, daß wir hier eine christliche Knappschaft gründen wollen. Das soll dann, wenn ihr damit einverstanden seid, zur Wahrheit und Wirklichkeit werden. Und es sollen alle christlich gesinnten Bergleute sämtlicher Orte in derselben vereinigt werden.

Für die Bergleute von Kirchzarten, Oberried und Hofsgrund sind Einladungen an die betreffenden Pfarrer geschickt worden.

Anliegend sende ich Euch 50 Einladungen für die Arbeiter von Kappel im Bergmannsheim. Der Herr Bürgermeister hat gemeint, ich soll sie Euch schicken, Ihr werdet es am besten besorgen.

Ich danke Euch im voraus für die Mühe und hoffe, daß die Versammlung recht zahlreich besucht wird.

Mit freundlichem Berggruß

Peter, Pfarrer.“

Es ist überflüssig, in eine Widerlegung der der Sozialdemokratie gemachten Vorwürfe einzutreten. Das alte Spiel, sich um die wirtschaftlichen Interessen der christlichen Arbeiter erst dann zu kümmern, wenn die freien Gewerkschaften an die Erledigung dieser notwendigen Arbeit gehen, wiederholt sich auch hier. Aber trotz der Gruseligmachung vor der „gottlosen Sozialdemokratie“ scheint der Erfolg der christlichen Agitation in der inzwischen am 11. d. M. stattgefundenen Versammlung kein besonders großer gewesen zu sein, denn am Tage darauf erschien der in dem pfarrherrlichen Briefe genannte Volksbüro-Sekretär Halter bei dem Arbeitersekretär Marxloff, dem Vertreter der freien Gewerkschafter und machte den Vorschlag, „doch gemeinsam die Sache zu machen“, d. h. eine weitere Versammlung einzuberufen, in der Redner beider Gewerkschaftsrichtungen anwesend sein sollten. Dem christlichen Werber mußte allerdings mitgeteilt werden, daß es dazu zu spät ist, denn in der nächsten Versammlung werde bereits die Vorstandswahl für die schon gegründete Zahlstelle eines freigewerkschaftlichen Verbandes vorgenommen. So mußte der Beauftragte der katholischen Gewerkschaftszersplitterer mit langem Gesicht und versagtem Erfolg abziehen.

Parteispaltung und Gewerkschaftspolitik.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Arbeitgeber-Zeitung“ einen Leitartikel, der sich mit der eventuellen Uebertragung des sozialdemokratischen Parteistritts auf die Gewerkschaften und der sich daraus für das Unternehmertum ergebenden Situation eingehend beschäftigt. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ meint, es sei denkbar, daß sich im Gefolge der radikalen Minderheit ebenfalls radikale Gewerkschaftsgruppen bilden mit dem Bestreben, möglichst viele und heftige Einzelkämpfe zu entfesseln. Es steht fest, daß die „Arbeitgeber-Zeitung“ eine solche Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung nicht gerade fürchtet. Denn es liegt doch klar auf der Hand, daß die geeinigten Unternehmer mit derartigen kleinen, nur auf sich selbst angewiesenen lokalen sogenannten „Nur-Kampfesorganisationen“ bald fertig würden. Eine Zerspitterung der Gewerkschaftsbewegung käme den Unternehmern jedenfalls weniger als unerwünscht, dagegen wittert die „Arbeitgeber-Zeitung“ große Gefahren für das Profitinteresse, falls die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung, wie ja bestimmt zu erwarten ist, erhalten bleibt. „Gelingt es den Gewerkschaftsführern — schreibt das Blatt — ihre Gefolgschaft zusammenzuhalten und mit der geschlossenen Mehrheit der Partei nach wie vor in festem Einvernehmen zu arbeiten, so tritt der Fall ein, auf den wir schon vor dem Kriege wiederholt aufmerksam gemacht haben. Diese kompakte Majorität wird, begünstigt durch mancherlei neue, während des Krieges aufgetretene Strömungen, alles versuchen, um nicht von außen her durch mühevollen und gefährlichen Kämpfe, sondern von innen heraus auf dem Wege scheinbar friedlicher „Mitarbeit“ das Haus unserer Staats- und Wirtschaftsordnung nach ihrem Ermessen umzubauen.“

Somit kennt also die „Arbeitgeber-Zeitung“ schon ganz genau die künftige Taktik der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Aber sie irrt doch in etwas, denn auf den Kampf, wenn er unvermeidlich geworden ist, werden die Gewerkschaften auch nach dem Kriege nicht verzichten. Nie war dieser Selbstzweck der Gewerkschaften, sondern immer nur galt er als letztes Mittel zu dem Zwecke, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Daran änderte der Krieg nichts, wohl aber mag die Position der Gewerkschaften insofern später eine bessere sein, als man sie nicht mehr als Schädlinge am Wirtschaftsleben wird bekämpfen können. Dazu haben sie sich in der Zeit, als Volk und Vaterland in Not waren, als zu nützlich und unentbehrlich erwiesen.

Man wird also nicht umhin können, die Mitarbeit der Gewerkschaften zuzulassen und anzuerkennen, um tatsächlich auch von „innen heraus“, wie die „Arbeitgeber-Zeitung“ befürchtet, auf die Besserung der Zustände hinzuarbeiten. Daß nur eine starke und einige Gewerkschaftsbewegung Erfolge durch Arbeit von außen und innen zu erzielen vermag, versteht sich am Rande, das muß jeder einigermaßen denk- und Überlegungsfähige Arbeiter einsehen. Wie würden die Unternehmer frohlocken, spaltete sich in Deutschland auch noch die Gewerkschaftsbewegung! Ihr schönster Traum, zu teilen, um herrschen zu können über die Arbeiter, ginge dann endlich in Erfüllung. („Ledearbeiterzeitung“.)

Aus unserem Berufe.

Vordamm. Der infolge des Brandunglücks gestörte Betrieb in der Dreherei ist nunmehr wieder in geregelter Gänge. Vom 26. Februar ab ist eine nochmalige Teuerungszulage in Höhe von weiteren 5 Prozent für das gesamte Personal gewährt worden.

Vermischtes.

Saben Kriegerwitwen, die selbst verdienen, Anspruch auf eine widerrufliche Zuwendung? Diese wichtige Frage hatte die Stellvertretende Intendantur des VI. Armee-Korps ablehnend beantwortet. Der Kriegerwitwe K. wurde folgender Bescheid zuteil: „Ihr Antrag auf Gewährung einer widerruflichen Zuwendung muß zum Bedauern der Intendantur abgelehnt werden, weil bei Ihrem gegenwärtigen Gesamteinkommen von 1454 Mark die Notwendigkeit einer weiteren Zuwendung nicht anerkannt werden kann.“

Hiergegen ist bei dem Kriegsministerium Beschwerde eingelegt worden. Es wurde hervorgehoben, daß der Bescheid der gesetzlichen Unterlage entbehre. Im Gegensatz stehe nicht, daß bei Gewährung von Zusatzrenten der jetzige Verdienst der Witwe anzurechnen sei. Es ist nur vom Verdienst des Gefallenen die Rede. Danach ist die Zusatzrente der Witwe und der Kinder zu berechnen, wenn die gegenwärtige Rente nicht 75 Prozent des Gesamteinkommens des gefallenen Ehemannes übersteigt. Das traf in diesem Falle nicht zu.

Diese Auffassung ist wohl auch vom Kriegsministerium anerkannt worden. Am 22. Januar 1917 erteilte die Intendantur einen neuen Bescheid. Es wurde der Kriegerwitwe nunmehr eine widerrufliche Zuwendung von zusammen 72 M. zugesprochen. Darauf besteht allerdings kein Rechtsanspruch. Es ist aber die Frage insofern geklärt, daß Kriegerwitwen, welche gegenwärtig einen Verdienst haben, aus diesem Grunde mit ihren Gesuchen auf Gewährung einer einmaligen Zuwendung nicht zurückgewiesen werden können.

Die Regulierung der Volksfürsorge im Monat Januar hatte in 36 Sterbefällen zu erfolgen; es kamen dafür 391,61 M. zur Auszahlung. Darunter waren neun Todesfälle, in denen die volle Versicherungssumme im Gesamtbetrage von 2935 (326 M. im Durchschnitt) zur Auszahlung gelangt. — Im ganzen vergangenen Jahre 1916 kamen in 318 Sterbefällen die vollen Versicherungssummen im Betrage von 77 300 M. zur Auszahlung.

Versammlungsberichte.

Althaldensleben. Die Generalversammlung vom 18. Februar c. faßte folgende Beschlüsse:

Zu Punkt 1 wurde die Frage: Soll Mitglied 33640 F. Krankenunterstützung erhalten, einstimmig abgelehnt. Zur Begründung gilt die Nichterfüllung der Pflichten seitens F., der nach seinem Verdienst einen wöchentlichen Beitrag von 1 M. zu zahlen gehabt hätte, aber nur 20 Pf. pro Woche gezahlt hat.

Zu Punkt 2 wurde beschlossen, daß jedes Mitglied, das ab 1. März nicht den seinem Verdienst entsprechenden Beitrag zahlt, dem Hauptvorstande zur Streichung gemeldet wird. Gleichzeitig wird solches

Mitglied auch in der Kartell-Sterbetafel zur Abmeldung gebracht. Diese Brüderbergerei können wir den an der Front stehenden Kollegen gegenüber nicht verantworten. Ferner ist der Sozialbeitrag von 5 Pf. pro Woche von allen Mitgliedern, mit Ausnahme der weiblichen und der Lehrlinge, zu bezahlen. Mitglieder, die sich weigern, dieser Verpflichtung nachzukommen, müssen die sich daraus ergebenden Konsequenzen auf sich nehmen.

Versammlungs-Anzeigen.

Bahreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Magdeburg. Sonnabend, 3. März bei Harnack, Schmidtstraße 58.
Tiefenfurt. Sonnabend, 3. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei („Lange Stube“).

Adressen-Änderungen.

Blantenhain. Kassierer: August Müller, Teichstraße 22.
Judenbach. Revisor: Karl Häfner, Br., Jagdhofstraße 196 d.
Mitterteich. Vorsitzender: Andreas Wedlich, Marktrebwiherstraße 158. Revisor: Pauline Frisch, Winkel 182.
Schönwald. Kassierer: Johann Fritsch, Bahnhofs-Restaurant.
Schramberg. Kassierer: Josef Spixmüller, Dreher, Hofstr. 410.

Sterbetafel.

Judenbach. Richard Streng, Stanzer, geboren am 24. Juli 1884 in Judenbach, gestorben am 12. Februar 1917 an Lungenleiden. Letzte Krankheitsdauer 45 Wochen. Mitglied seit 1911.

Fraureuth. Frida Schwarzenberg Druckerin, geboren am 16. Oktober 1878 in Fraureuth, gestorben am 14. Februar 1917 an Herzmuskelentzündung. Mitglied seit 1910.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Lüchtiger Tellerdreher (mit Hubel)

wird für dauernde Beschäftigung gesucht.
Teuerungszulage wird gewährt.

Porzellan-Manufaktur Burgau a. d. Saale
Ferdinand Selle
Burgau bei Jena.

Porzellanmaler

der die in einer Privatmalerei vorkommenden Arbeiten leisten kann, findet Stellung für allein, da Besitzer im Felde.

Schmelztemperatur nicht erforderlich.

Bedingungen nach Vereinbarung.

Karl Stiff, Porzellanmalerei,
Stettin, Kronenhofstr. 8.

Geschäfts-Anzeigen.

**Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere
Pinzel — Paletten — Näpfe — leere Goldflaschen**

überhaupt alle Malrückstände zum Einschmelzen kauft

Max Haupt, Dresden-N., Bönisch-Platz 17.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, sowie alle
Malrückstände zum Einschmelzen**

kauft M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8 II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

**Goldflaschen, goldhaltige Lappen, überhaupt alle Malrückstände
zum Einschmelzen, kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung**

Oskar Rottmann, Stadtilm.

**Alle Malrückstände, Goldflaschen, gold-
haltige Lappen, Näpfe, Pinzel u. s. w.**
kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.
Schnelle, reelle Bedienung.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Ballstraße 22